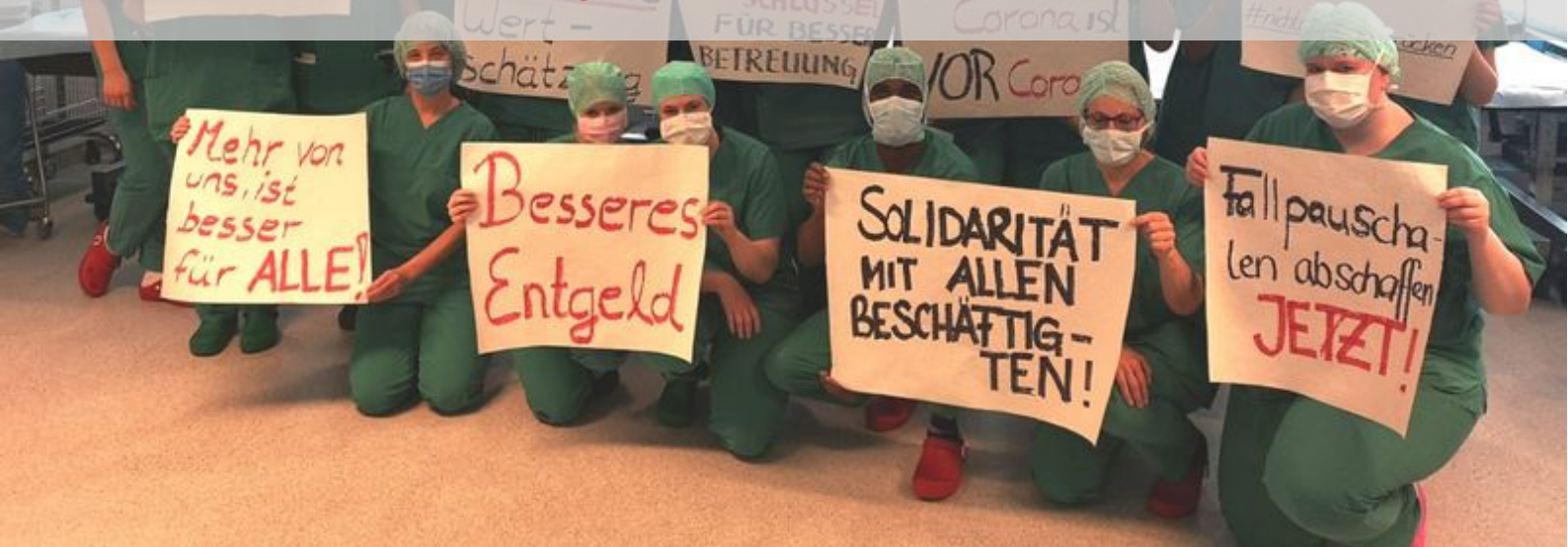


ROTER FÄCHER

Stadtzeitung der DKP Karlsruhe



April/Mai
2020



Inhalt // Das Gesundheitswesen war schon vor Corona krank S. 1-2 // Pflege statt Panzer-Ostermarsch 2020 S. 3 // Die Krise heißt nicht Corona sondern Kapitalismus S. 4 // Ein „Danke“ genügt nicht - Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst steht vor der Tür S. 5 // Alle Sanktionen aufheben! S. 5 // Totalüberwachung im Windschatten der Pandemie S. 6 // Schockstarre überwunden S. 7 // Demonstriert für Frieden, Demokratie und Sozialismus S. 8 //

Das Gesundheitswesen war schon vor Corona krank

Die Corona-Pandemie trifft das deutsche Gesundheitswesen nicht in einem Zustand der Stärke, wie von Bundes- und Landesregierung irreführend behauptet wird. Wer kein allzu kurzes Gedächtnis hat, der erinnert sich sicher noch an die Horrormeldungen im letzten Jahr über die bedrohliche **Personalnot in den Krankenhäusern**, Notrufen von Pfleger*innen und Ärzt*innen und sozialen Organisationen in überregionalen Zeitungen und Magazinen. Geschlossene Betten in vielen Stationen, ewige Wartezeiten usw. Und das mit seinem **Fallpauschalen-System auf Profit orientierte Krankenhauswesen** sollte noch viel profitabler gemacht werden. Erst vor wenigen Wochen war die Schließung von fast der Hälfte der

deutschen Krankenhäuser im Gespräch (Bertelsmann-Studie).

Jetzt stellen sich Jens Spahn und die Seinen hin und schwärmen von den vielen Krankenhäusern und den vielen Intensivbetten in dem „besten Gesundheitssystem der Welt“. Sie verschweigen dabei, dass es an Personal fehlt, alle zu betreuen. Und dann diese infame Lobhudelei des schon im Normalzustand mies bezahlten und an der Belastungsgrenze arbeitenden, ausgedünnten medizinischen Personals, deren „heldenhafte Arbeit unbezahlbar“ sei - Deshalb zahlen sie ihnen auch (fast) nichts!

Dabei werden die Ärzte und Pflegekräfte auch noch vielfach **ungeschützt in den Kampf gegen die Pandemie** geschickt, weil es im

„besten Gesundheitssystem der Welt“ nicht einmal genügend Schutzausrüstung gibt (Mundschutz, Schutzkleidung etc.), sodass bereits über 2.500 Personen des medizinischen Personals ausgefallen sind, weil sie sich bei der Arbeit infiziert haben!

Das ist die Wirklichkeit im deutschen Gesundheitssystem. Die **Corona-Pandemie ist nicht die Ursache der Probleme**, sie legt die politisch gesteuerten Fehlentwicklungen nur bloß. Wenn wir jetzt nichts begreifen und die Fehlentwicklungen nicht stoppen, dann wird schon der künftige Normalzustand nach Abflauen von Corona ein Notstand sein. An die nächste Pandemie mag man gar nicht denken. Das gesamte **Gesundheitswesen muss aus dem Markt- und Gewinndenken herausgenommen werden**, denn es ist pure Daseinsvorsorge und kann nicht Spielfeld der Geschäftemacher, Marktlogiker und Profitjäger sein.

Die Krankenhäuser müssen die Kosten, die medizinisch erforderlich sind, bis auf den letzten Cent erstattet bekommen. Die Fallpauschalen

müssen als Verursacher der Finanznot endgültig ersatzlos gestrichen werden. Das Personal muss auf der Grundlage einer **gesetzlichen Personalbemessung** aufgestockt und leistungsgerecht bezahlt werden.

Einstweilen wird jedoch die Krise in diesem Lande nach dem alten kapitalistischen Muster von „oben“ und „unten“ durchregiert. Ein „Schutzschirm“ aus Steuermitteln in Milliardenhöhe, aus dem sich vor allem die Großkonzerne bedienen und damit auch ihre Absatzverluste (schon seit 2019) abdecken. Kurzarbeit für die Arbeiter*innen und Angestellten, die sie – weil aus Sozialkassen – sich weitgehend selbst bezahlen. Und die, die den Kopf und ihre Gesundheit auf's Spiel setzen, die die Versorgung der Bevölkerung aufrecht erhalten, die an den Kassen und beim Auffüllen der Regale in den Supermärkten, haben bisher (wenn überhaupt) Prämien zwischen 100 € Warengutschein bis maximal 250 € für Vollzeitbeschäftigte (Teilzeitkräfte nur anteilig) in Aussicht gestellt bekommen!

Eine solche „Krisenbewältigung“ dürfen wir uns nicht länger gefallen lassen!



Foto: Flashmob der DKP Karlsruhe auf der Beiertheimer Brücke am 9. April 2020

Pflege statt Panzer

Ostermarsch 2020

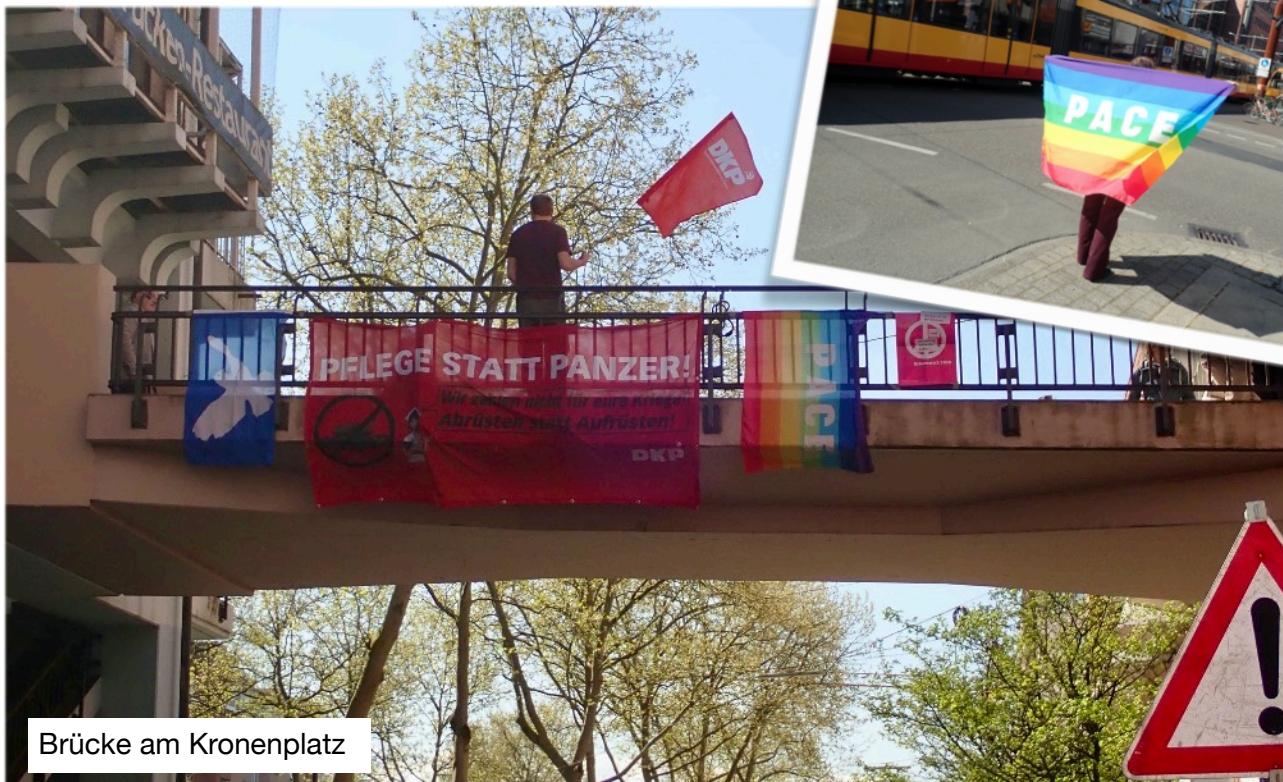
Protest gegen Aufrüstung und Krieg ist gerade jetzt notwendig. Die Corona-Pandemie macht es schwierig, den Protest auf die Straße zu tragen. Das heißt aber nicht, dass man untätig bleiben muss.



Punkt 18:00 Uhr befestigten am Donnerstag vor Ostern Mitglieder der DKP ein Transparent mit der Aufschrift „Pflege statt Panzer“ am Geländer der **Beiertheimer Brücke**, flankiert von einer Friedensfahne und einem Pace-Banner (Foto links).

Autofahrer richteten ihre Blicke nach oben und hupten. Viele streckten den Daumen hoch, so auch ein vorbeifahrender Krankenwagen. Ein kleines Mädchen fragte „Papi, was machen die da?“ – „Ich glaube die machen was für Frieden“, antwortete er.

Am Ostersonntag folgte ein zweiter Flashmob, gemeinsam mit weiteren Friedensfreunden, in der Innenstadt von Karlsruhe auf der **Brücke am Kronenplatz** (Foto unten).



Brücke am Kronenplatz



Die Krise heißt nicht Corona sondern Kapitalismus

Auch schon vor Corona stand die Weltwirtschaft vor einer neuen Rezession. Spätestens seit Herbst 2019. **Nicht Corona ist die Ursache der Krise**, die Pandemie verschärft die kapitalistische Krise nur. Seit 2018 schon gibt es insbesondere auch in Deutschland bei der Autoherstellung einen absoluten Rückgang, der sich in den ersten Wochen von 2020 beschleunigte. Da die Autoindustrie der wichtigste Industriezweig ist, zieht er auch die gesamte andere Industrie mit nach unten.

Anfang Januar 2020 war die Weltautoproduktion gegenüber dem vorausgegangenen Höchststand bereits um knapp 9 Prozent niedriger. Dies ist ein deutlicher Hinweis auf eine typische **zyklische Überproduktionskrise**. Dazu kommt, dass etliche Autofirmen ziemlich angeschlagen sind wegen des Dieselmotors, der Milliarden gekostet hat. Außerdem steht eine große Umstrukturierung hin zu Elektroautos an, die als Reaktion auf die Klimakrise eingeleitet wurde, zwar keine Verbesserung für die Umwelt bringen wird, aber natürlich viele Milliarden Investitionen verschlingt.

Seit Wochen schon verbreitet sich das Virus in Deutschland, am 11. März wurde offiziell eine Pandemie ausgerufen. Trotz dieser Gefahr wurde erst mal voll weiterproduziert. Dies zeigt, wie wichtig den Kapitalisten die **Gesundheit der Beschäftigten** ist. Auch das Beispiel Daimler in Rastatt zeigt dies. Dort konnten Kollegen, die im Elsass wohnen und in Rastatt arbeiten, auch nach der Einstufung des Elsass als Risikogebiet durch das Robert-Koch-Institut weiterhin an ihrem Arbeitsplatz

arbeiten, bis sich andere Kollegen an die Medien wandten und dies anprangerten.

Solange es in der Autoindustrie genügend Fahrzeugteile gab, lief die Produktion weiter. Doch diese zu besorgen, wurde aufgrund der globalisierten Auto- und Zulieferindustrie immer schwieriger. Die Produktion kam immer häufiger ins Stocken. Teile fehlten, insbesondere auch Teile aus China. Erst ab diesem Zeitpunkt kamen erste Schließungen von Autofirmen. Dies hat auch die Zulieferer betroffen. Sie schließen aber auch mit aus dem Grund, weil die Abnehmer ihrer Teile – also die Autofabriken – schließen. Ganz anders zum Beispiel im Maschinenbau. Coperion hat einen extrem hohen Auftragsbestand. Dort wird in Stuttgart komplett weitergearbeitet, **ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen**, obwohl der Betriebsrat darauf drängt zu schließen.

Wichtig wäre in der jetzigen Situation ein **gesellschaftlicher Plan**: Schließung aller Betriebe, die nicht für lebensnotwendige Versorgungsabläufe gebraucht werden. Dafür die Produktion von Schutzkleidung, Medikamenten und so weiter ausbauen, die gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen wie Pflege, Transport, Lebensmittelproduktion und -handel stärken und für die noch Beschäftigten die bestmöglichen Schutzausrüstungen bereitstellen. **Alle Entlassungen müssen verhindert werden**. Im Mittelpunkt muss die Gesundheit stehen und nicht Aktienkurse und Profite.

von Christa Hourani

aus: UZ - Unsere Zeit vom 27.03.2020, gekürzt

Ein „Danke“ genügt nicht!

Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst steht vor der Tür

In allen Medien hört und liest man es dieser Tage immer wieder: Politiker sprechen ein **großes „Dankeschön“** aus an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen, in der Lebensmittelbranche oder der städtischen Grundversorgung. Auch **Oberbürgermeister Frank Mentrup** ließ in einer Pressemitteilung verkünden: „Ich sage schon jetzt ‚Danke!‘ Was sie in diesen fordernden Zeiten leisten, verdient unser aller Hochachtung.“

Dieser Dank ist durchaus gerechtfertigt! Denn in diesen Tagen musste die Gesellschaft feststellen, wie „systemrelevant“ diese Menschen und diese Berufsgruppen sind. In Zeiten der Corona-Pandemie wurde die Wichtigkeit dieser Kolleginnen und Kollegen sehr deutlich. Dies wird im normalen Alltag oft nicht wahrgenommen, weshalb **die Bezahlung** dieser Berufsgruppen auch im unteren

Durchschnitt liegt.

Es stellt sich aber die Frage: Wie ernst meinen es jene Politiker, wie ernst meint es der Oberbürgermeister mit seinem Dank? Was ist seine Hochachtung wert? Im September/Oktober werden die **Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst** stattfinden. Da geht es um die Löhne und Gehälter eben jener Berufsgruppen, die heute noch hochgelobt und rhetorisch wertgeschätzt werden. Werden sich die Arbeitgeber - und der Oberbürgermeister ist in diesem Fall der Arbeitgeber - dann noch dieses Lobes erinnern und ein gutes Angebot vorlegen? Mann/Frau darf gespannt sein.

Wir werden die Arbeitgeberseite jedenfalls daran erinnern und die **Gewerkschaft Ver.di** in dieser Auseinandersetzung unterstützen. Denn der beste Beifall für diese Kolleginnen und Kollegen ist eine ordentliche und ihrer Arbeit angemessene Bezahlung.

Alle Sanktionen aufheben!

DKP startet Petition alle Sanktionen aufzuheben, die dem Kampf gegen die Pandemie behindern

Eine entsprechende Petition, die sich an Bundesregierung und Bundestag richtet, hat die DKP auf change.org gestartet. „Die Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation behindern den Austausch von Medikamenten, Hilfsmitteln und Fachkräften, sie sind in einer Zeit des notwendigen gemeinsamen Kampfes gegen die Coronapandemie ein Irrsinn“, so der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele.

Sanktionen gegen Kuba, Venezuela und die Russische Föderation verhindern derzeit die dringend benötigte Versorgung von Patienten. Kuba leistet dringend benötigte medizinische Hilfe in der ganzen Welt, zum Beispiel in EU-Ländern wie Italien. Mit der US-Blockade gegen

Kuba werden diese Hilfeleistungen erschwert. Zudem soll die Coronapandemie genutzt werden, um Venezuela zu destabilisieren. Auch dagegen wendet sich die Petition der DKP.

Die DKP kritisiert darüber hinaus die mangelnde Kooperation mit der VR China. Das erfolgreiche Vorgehen Chinas und seine internationale Solidarität im Kampf gegen die Pandemie beweisen die Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem planlosen, Menschenleben kostenden Handeln kapitalistischer Regierungen.

Zur Petition QR-Code scannen oder auf change.org



Totalüberwachung im Windschatten der Pandemie

Die Karlsruher BNN schrieb am 1. April im Kampf gegen Corona habe die Bundesregierung **Tausende IT-Experten und Entwickler** zu einem Hackathon „rekrutiert“. Sie schrieb tatsächlich „rekrutiert“ und es war kein Aprilscherz, denn wir befinden uns ja im „Krieg“ gegen einen unsichtbaren und „heimtückischen Gegner“ wie es ebenfalls in den BNN mehrfach hieß.

Ein **Hackathon** ist ein Wettbewerb von IT-Spezialisten, die bei viel Kaffee und Pizza über 48 Stunden ohne Schlaf nach Software-Lösungen suchen. Es ging um die Entwicklung von Corona-Apps und „mutigen und innovativen Ideen, die der Gesellschaft dabei helfen ... gestärkt aus der aktuellen Situation hervorzugehen.“ Mit dabei waren auch Karlsruher Firmen, die aber zum Bedauern der BNN und dem Inhaber einer beteiligten Firma aus Karlsruhe nicht berücksichtigt wurden.

Ob mit solchen Apps tatsächlich die Pandemie zu stoppen ist, muss mit dicken Fragezeichen versehen werden. Sie soll Nutzer*innen nämlich lediglich mitteilen, dass ‚irgendwann und irgendwo‘ ein Kontakt zu einem Covid-19 Infizierten bestanden habe. **Was soll ein Mensch damit anfangen?** Außerdem sei alles anonym. **Das ist Unsinn.** Wie in jedem Fernsehkrimi erzählt wird, wissen die Betreibergesellschaften der Handys ganz genau, welche Handys wann in welcher ‚Funkzelle‘ waren. Hier liegt der Verdacht nahe, dass solche Apps im Windschatten der Pandemie getestet werden, um eine **flächendeckende Überwachung** zu prüfen. Einen Tag nachdem über die Medien die Corona-App bejubelt wurde, berichteten die Tagesschau, man könne die Sport- und Gesundheitsuhren (Smart-Watches) doch nutzen, um bei Besitzer*innen automatisch Fieber zu messen und zur Covid-Abwehr einzusetzen.

Newsletter

Aktuelle Informationen der DKP Karlsruhe.

Kurz und übersichtlich per E-Mail.

Jetzt kostenlos registrieren!



www.dkp-karlsruhe.de

Impressum // Deutsche Kommunistische Partei Karlsruhe (Hrsg.) // E-Mail: dkp.karlsruhe@gmx.de
www.dkp-karlsruhe.de // www.facebook.com/DKP.Karlsruhe // <https://dkp.de> // www.unserezeit.de // V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig, Markgrafenring 10, 76703 Münzesheim //

Schockstarre überwunden

Bund und Länder bauen Grundrechte ab – Widerstand erwacht

In seiner Osteransprache vom 11. April rief **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier** die Bevölkerung dazu auf, der Regierung zu vertrauen: „Es ist gut, dass der Staat jetzt kraftvoll handelt ... Ich bitte Sie auch alle weiterhin um Vertrauen...“ Doch dieses kraftvolle Handeln ist in vielerlei Hinsicht nichts anderes als ein Abbau von Grundrechten, eine Forcierung der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung.

Ralf Hohmann schrieb hierzu in der UZ - Unsere Zeit vom 17. April 2020: „Die **Grundgesetzgarantien** sind durch die Corona-Landesverordnungen und das Infektionsschutzgesetz auf Bundesebene außer Kraft gesetzt. Der **Willkür** sind Tür und Tor geöffnet. So wurde in Frankfurt am Main neben dem Ostermarsch auch der Motorradkorso der antifaschistischen Biker-Vereinigung „Kuhle Wampe“ zu Ostern verboten, obwohl hier sicherlich eine Verletzung der Abstandsregeln nicht zu befürchten war. Am Wochenende zuvor war bereits die „Seebrücke“-Demonstration gewaltsam aufgelöst worden. In einer Presseerklärung der DKP Frankfurt vom 11. April heißt es hierzu: „Das Vorgehen der Polizei gegen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist ein doppelter Skandal. Einmal, weil Stadt und Polizei demokratische Grundrechte mit Füßen treten, und zum anderen, weil die gewaltsame Auflösung der Aktion jeden Verweis auf Corona Lügen straft.“

Innerhalb eines Monats sind an die 100 Bundes- und Landesgesetze sowie Rechtsverordnungen in Kraft getreten. Angesichts der momentan faktisch **nicht mehr vorhandenen Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit** gehört die Stunde jenen, die gleichwohl den Protest organisieren. Durch den auf die Straße getragenen Widerstand von Angehörigen der Heil- und Pflegeberufe in Düsseldorf gegen das „Infektionsschutz- und Befugnisgesetz“ sind auch die Verfassungsjuristen aus ihrer

Schockstarre erwacht. Die in Paragraf 15 Infektionsschutzgesetz NRW vorgesehene **Zwangsverpflichtung** des medizinischen und pflegerischen Personals zur Erbringung von Dienst-, Sach- und Werkleistungen halten die beiden Staatsrechtprofessoren Hinnerk Wißmann und Ulrich Vosgerau für **klar verfassungswidrig**: „Das ist einfach absolut verboten.“

Vor diesem Hintergrund klingen die Worte des Bundespräsidenten geradezu bedrohlich: „Die Welt danach wird eine andere sein.“ Wenn kein Widerstand organisiert wird, dann wird die Welt danach eine Welt mit weniger Grundrechten sein!

Selbst das **Bundesverfassungsgericht**, das bekannt dafür ist, die Verfassung gerne auch mal kreativ auszulegen um staatliche Repression zu legitimieren, kommt angesichts des Ausmaßes und der Offensichtlichkeit der Grundrechtsverletzung nicht drum herum, in einem Grundsatzurteil der Stadt Gießen verfassungswidriges Verhalten zu bescheinigen. Im Beschluss vom 15. April 2020 wurde geurteilt: „Die Versammlungsbehörde hatte unzutreffend angenommen, die Verordnung der Hessischen Landesregierung zur Bekämpfung des Corona-Virus enthalte ein generelles Verbot von Versammlungen von mehr als zwei Personen, die nicht dem gleichen Hausstand angehören und daher die grundrechtlich geschützte Versammlungsfreiheit verletzt, weil sie nicht beachtet hat, dass zu deren Schutz ein Entscheidungsspielraum bestand.“

Versammlungen und Demonstrationen sind also keinesfalls verboten! Lediglich Hygieneregeln und Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung des neuartigen Corona-Virus sind zu gewährleisten.

Also:

Raus auf die Straße am 1. Mai!

Demonstriert für Frieden, Demokratie und Sozialismus

Auszug aus dem 1.-Mai-Aufruf der KPD von 1957

Gemeinsam mit den Schaffenden in aller Welt demonstrieren wir an diesem Kampftag der Arbeiterklasse für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Gemeinsam mit unseren Brüdern in der Deutschen Demokratischen Republik fordern wir die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen und fortschrittlichen Staat.

Mit der Restauration der alten unheilvollen Kräfte des Monopolkapitals und des Militarismus in der Bundesrepublik haben sich die Klassen-gegensätze verschärft. Für die Arbeiterklasse, für die Werktätigen wächst die Notwendigkeit, gemeinsam zu kämpfen.

Der 1. Mai 1957 muß in der Bundesrepublik Kampftag für die sozialen Interessen, für Freiheit und Recht, soziale Sicherheit und Fortschritt, gegen Unternehmerwillkür und Monopolmacht, gegen Polizei- und Justizterror werden. Das heißt zugleich dazu beitragen, daß Adenauer und seine Millionärspartei bei den Bundestagswahlen entscheidend geschlagen und eine grund-

legende Wende der Politik in der Bundesrepublik herbeigeführt wird.

Es lebe der 1. Mai!

Militarisierung und imperialistischer Krieg bedeuten Milliardenprofite für die großen Rüstungsherren, aber Not und Tod für das Volk. Unser Volk braucht Frieden und Sicherheit. Darum demonstrieren wir am 1. Mai für Abrüstung, internationale Verständigung und Völkerfreundschaft.

Was wir brauchen ist ein wiedervereinigtes Deutschland, in dem die Arbeiter, die schaffenden Menschen in Staat und Wirtschaft bestimmen, damit ganz Deutschland ein Land des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts wird.

Für die gesamtdeutsche Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen, der beiden Gewerkschaftsbünde, des FDGB und des DGB, der Arbeiterparteien, der SPD, der KPD und der SED!

1. Mai

Arbeit für alle.

Löhne rauf.

Rente mit 60.

Alle Auszubildenden
übernehmen.

Kürzer Arbeiten bei
vollem Lohnausgleich.

